

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser

In dieser Ausgabe wollen wir uns verstärkt mit zwei Themen auseinandersetzen, bei denen die Interdisziplinarität und die notwendige Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Direktionen des Staates im Vordergrund stehen.

Zum einen sprechen wir über die Familienpolitik, die einen grossen Einfluss auf die Entwicklung unserer Gesellschaft hat. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Elternsein ist dem Kanton Freiburg nämlich ein wichtiges Anliegen. Zwar kann er stolz sein auf die Massnahmen, mit denen er die Familien bereits seit einigen Jahren in unterschiedlichster Form unterstützt, trotzdem muss er seine Politik beständig den Erwartungen und den neuen Bedürfnissen der Familien anpassen.

Die familienpolitischen Massnahmen sind aber nicht nur Angelegenheit der GSD, auch andere Direktionen sind dafür zuständig. Mit der neuen Organisationsstruktur der GSD, der seit dem 1. Januar 2010 auch das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) angehört, und der Anstellung eines Koordinators der Familienpolitik sollte ein verstärkt strategischer Ansatz und eine umfassende Vision möglich sein, die alle Bereiche und alle Dienststellen des Staates integrieren. Wir freuen uns jetzt schon auf diese Zusammenarbeit. Auch möchte ich das GFB-Team ganz herzlich willkommen heissen. Ich bin froh, dass meine Direktion in Zukunft auf sein wertvolles Fachwissen zählen kann.

Zum anderen behandeln wird das Projekt «Senior+», ebenfalls ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Die Ziele dieses Projektes sind den tiefgreifenden demografischen Veränderungen, die uns bevorstehen, durchaus gewachsen. Wir müssen uns auf einen wahrhaftigen Wandel unserer Gesellschaft gefasst machen. Die Systeme auf Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sind zwar schon stark ausgebaut, doch die Funktionsweise der Politik zugunsten älterer Menschen ist noch sehr kompliziert und verworren, was hauptsächlich auf eine fehlende umfassende Sichtweise und somit auch auf fehlende Kohärenz zurückzuführen ist. Auch «Senior+» steht unter dem Zeichen der Zusammenarbeit, denn die Politik zugunsten älterer Menschen betrifft alle Direktionen sowie das gesamte bestehende Netzwerk.

Nun wünsche ich Ihnen viel Spass beim Lesen und natürlich auch «es guets Neus».

Anne-Claude Demierre, Staatsrätin

INFORMATION

Familienpolitik : Herausforderungen und Fristen



Der Kanton Freiburg legt schon seit mehreren Jahren Entschlossenheit an den Tag was die Unterstützung von Familien anbelangt. Er unterscheidet sich somit positiv von den anderen Kantonen.

Weil aber die familienpolitischen Massnahmen unterschiedliche Bereiche abdecken, ist es schwierig, ihren Nutzen und ihre Angemessenheit systematisch zu überprüfen. Familienzulagen, Mutterschaftsbeiträge, Ergänzungsleistungen für Familien – all diese Leistungen dienen der materiellen Unterstützung der Familien in verschiedenen Belangen. Die Einführung des zweiten Kindergartenjahres wiederum hat nicht nur Auswirkungen auf die Familienorganisation, sondern auch auf die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, also wieder ein anderer Bereich. Noch andere Massnahmen – z. B. die Abzüge für die Kinderbetreuung – betreffen schliesslich den wirtschaftlichen Bereich.

Nun gilt es, an den einzelnen Baustellen weiterzuarbeiten und die Bedürfnisse der Familien im Kanton sowie die bevorstehenden Herausforderungen in Sachen Familienpolitik von einem umfassenden Blickwinkel aus zu betrachten. Demzufolge ist eine gute Koordination für die Entwicklung einer kantonalen Strategie unerlässlich.

INHALT

SEITE 2

- Neue Organisation
- Interview mit Jean-Claude Simonet

SEITE 3

- Ab 1. Januar 2010 gehört das GFB zur GSD
- Aktuelles

SEITE 4

- «Senior+ will das Leben und die Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren aufwerten»
- Interview mit Michel Blum und Judith Camenzind

Neue Organisation

Der Staatsrat hat nun einen Schritt in diese Richtung getan: Auf Antrag der beiden betroffenen Direktionen ging das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) von der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) an die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD). Letztere verwaltet bereits wichtige Budgets für die Leistungen an die Familien und ist von Rechts wegen befugt solche zu gewähren. Die Erfahrung und die Bekanntheit des GFB werden ihr bei der Umsetzung der kantonalen Strategie eine wichtige Stütze sein. Ein weiterer Schritt war die Schaffung eines Postens für eine Koordinatorin oder einen Koordinator der Familienpolitik. Der Staatsrat hat diesen auf Antrag der GSD genehmigt.

Am 1. Januar 2010 übernimmt Jean-Claude Simonet diesen Posten. Herr Simonet ist gegenwärtig wissenschaftlicher Berater beim Kantonalen Sozialamt (KSA). Dieses sieht sich bei seiner Arbeit in den Bereichen Sozialhilfe, Asylwesen, Eintreibung und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen, Opferhilfe und Förderung der sozialen Aktion oft mit den Schwierigkeiten konfrontiert, mit denen die Familien mitunter zu kämpfen haben. Somit war es logisch, dass das KSA, das sich schon seit mehreren Jahren mit diesen Fragen auseinandersetzt und mit Jean-Claude Simonet über einen anerkannten Spezialisten in Sachen Freiburger und Schweizer Familienpolitik verfügt, für die Koordination der Arbeiten in diesem Bereich auserwählt wurde.

Interview mit Jean-Claude Simonet



Jean-Claude Simonet ist 49 Jahre alt und Vater vierer Kinder. 1989 hat er am Lehrstuhl für Sozialarbeit der Universität Freiburg sein Diplom gemacht. Seit zehn Jahren arbeitet er nun schon beim KSA, wo er anfangs als wissenschaftlicher Mitarbeiter engagiert wurde. Seit April 2004 arbeitet er als wissenschaftlicher Berater, namentlich im Bereich der Koordination von sozialen Eingliederungsmassnahmen und familienpolitischen Fragen. Jean-Claude Simonet ist ausserdem Vize-Präsident der *Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale* (ARTIAS) und Mitglied verschiedener Komitees und Kommissionen, u. a. der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen.

Wie sieht ihre Familienpolitik aus?

Familienpolitik ist fachübergreifend und befindet sich an der Schnittstelle verschiedener Bereiche und Sichtweisen der Sozialpolitik. Konkret bedeutet dies, dass das Gemeinwesen und die Familien komplementär zueinander wirken sollen. Die Familien sind für die Gesellschaft von unschätzbarem Wert: Sie erziehen die Kinder, pflegen erkrankte Angehörige, geben ihr Wissen und ihre Werte weiter, bewerkstelligen die Aufgaben im Haushalt. Damit sie ihre Aufgaben erfüllen und ihrer Verantwortung gerecht werden können, brauchen die Familien günstige Rahmenbedin-

gungen und manchmal eine ganz spezifische Unterstützung. Folglich ist das Gemeinwesen dazu angehalten, eine aktive Politik zu führen (Strategie, Vollzug, Koordination), mit der die Kompetenzen der Familien für die Durchführung ihrer Aufgaben bekräftigt und gestärkt, ihre besonderen Ausgaben kompensiert und die Ungleichheiten, denen sie unterliegen, reduziert werden. Diese Politik, die auf verschiedenen Aktionen, wirtschaftlichen Leistungen und Dienstleistungen beruht, muss natürlich der Mannigfaltigkeit der einzelnen Familienformen der modernen Gesellschaft Rechnung tragen.

Welche Erfahrungen und Kenntnisse stiften Sie als besonders nützlich ein, um heute die Verantwortung für die Koordination der Familienpolitik zu übernehmen?

Durch meine Arbeit im Rahmen der kantonalen Kommission für eine umfassende Familienpolitik sowie der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen oder der Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen, aber auch durch meine Teilnahme im vom Staatsrat ins Leben gerufenen Lenkungsausschuss zur Koordination der familienpolitischen Massnahmen habe ich nicht nur eine umfassende Vision des gesamten Systems und seiner Ausrichtungen erlangt, sondern auch zahlreiche Akteure kennengelernt, die mit seiner Umsetzung zu tun haben. Dies ist insofern wichtig, als die Familienpolitik per se eine Querschnittsaufgabe ist, die zahlreiche Sektoren betrifft, mit denen sie in einem Ergänzungsverhältnis steht. Durch diesen Austausch, aber auch dank meiner Erfahrung im Sozialhilfe- und Integrationsbereich, wo ich sowohl mit Familien in ärmlichen Verhältnissen als auch mit Einelternfamilien oder Jugendlichen in Schwierigkeiten zu tun hatte, war ich in der Lage, die Situation der Familien und ihre Bedürfnisse besser einzu-

schätzen. Dank der zahlreichen Projekte, bei denen ich an der Koordination der Dienste und Ämter und ihrer Leistungen mitarbeiten konnte – namentlich im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit – konnte ich mich mit der Dynamik des Austauschs unter den Organisationen und den verständigungs- und koordinationsfördernden Strategien vertraut machen.

Können Sie die laufenden Arbeiten in Sachen Familienpolitik kurz beschreiben?

Die gegenwärtig laufenden Projekte gehen hauptsächlich in zwei Richtungen: Zum einen wird den Ausgaben, welche die Kinder für die Familien verursachen, mehr Beachtung geschenkt, was sich in der Einführung von Mutterschaftsbeiträgen und Ergänzungsleistungen zugunsten der Familien äussert. Diese Leistungen sollten das Armutrisiko, dem die Familien besonders stark ausgesetzt sind, vermindern. Zum anderen sollen Mittel bereit gestellt werden, mit denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden soll. Dies äussert sich namentlich in der Umsetzung eines Gesetzes über die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter. Alle Projekte verfolgen im Übrigen ein Verfassungsziel.

Was geschieht als Nächstes?

Die nächste Etappe ist der Beginn der Arbeiten für die Umsetzung und die Organisation einer sozialen Anlaufstelle, Anfang 2010. Die allgemein ausgerichtete Informationsstelle ist zwar der ganzen Bevölkerung zugänglich, stellt aber nichtsdestotrotz die Verwirklichung eines familienpolitischen Ziels dar. Die Anlaufstelle dient in erster Linie der Vereinheitlichung der Sozialinformation im weiteren Sinne, soll gleichzeitig aber auch das Informationsbedürfnis der Familien stillen, das 2004 im Bericht zu einer umfassenden Familienpolitik an den Staatsrat zu Tage gekommen ist.

Ab 1. Januar 2010 gehört das GFB zur GSD

Das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) des Kantons Freiburg ist eine Plattform für die Bekämpfung von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern und Diskriminierungen. Das GFB unterhält eine Zusammenarbeit mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, den anderen Gleichstellungsbüros der Schweiz sowie mit diversen Vereinen und Fachpersonen, die im Bereich der Familien- und Gleichstellungspolitik tätig sind. Das GFB ist aber auch ein wichtiger Akteur für die Umsetzung einer umfassenden Familienpolitik. Zu seinen Haupttä-

tigkeiten gehören die Veröffentlichung von Broschüren oder Websites zu den Themen Ungleichheit und Familienpolitik, diverse Stellungnahmen sowie Informationskampagnen und Informationsveranstaltungen für die gesamte Bevölkerung.

GFB zur GSD

Ab dem 1. Januar 2010 wird das GFB zur Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) gehören. Ziel dieser Neuzuteilung ist es, die Kompetenzen zusammenzuführen und zur Entwicklung einer umfassenden Familienpolitik beizutragen. Nachdem das GFB über mehrere Jahre hinweg im Job-

Sharing geführt worden war, wurde seine Organisation angepasst. An der Spitze des GFB ist nun Geneviève Beaud Spang, die unterstützt wird von Emmanuelle Zingg, Verwaltungssachbearbeiterin, Nathalie Liaudat, Juristin und Anita Balz wissenschaftliche Mitarbeiterin, die vor Kurzem zum Team gestossen ist.

Aktionen und Projekte

Am 25. November fand der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen statt. Die starke Plakatkampagne dazu war unter anderem auch in der Stadt Freiburg zu sehen.

Bald soll das Projekt «Profil+» den Tochtertag – Projekttag für Jungs ergänzen. Es will Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger gezielt auf den Übertritt in die Berufswelt vorbereiten und ihre Chancen auf einen gelungen Einstieg in den Arbeitsmarkt erhöhen.

Eine der Prioritäten des GFB ist die Information, und zwar nicht nur an Fachpersonen und interessierte Kreise, sondern an die gesamte Bevölkerung. Seit Kurzem kann man über die GFB-Homepage auf den Familienordner zugreifen. Darin sind allerlei konkrete juristische, soziale und administrative Informationen zu den fünf Themen Zusammenleben, Sexualität, Arbeit–Arbeitslosigkeit–Schwangerschaft, Eheprobleme und häusliche Gewalt enthalten. Der Familienordner wird regelmässig aktualisiert und kann unter www.familien-freiburg.ch abgerufen werden.



Gesundheit und Soziales

Aktuelles

Lancierung des kantonalen alkoholaktionsplans

Am 6. November 2009 fand die erste Netzwerktagung des kantonalen Alkoholaktionsplans statt. Der Plan strebt eine koordinierte, kohärente und effiziente Zusammenarbeit der im Bereich Alkoholmissbrauch tätigen Partnerinnen und Partner im Kanton Freiburg an. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesundheit, Polizei, Justiz, Vereinswesen und Veranstaltungsbranche waren an dieser Tagung zugegen.

Preis für Sozialarbeit 2009

Der Verein «Le Square» aus Marly ist Gewinner des Preises für Sozialarbeit 2009. Staatsrätin Anne-Claude Demierre hat dem

Verein anlässlich der St. Nikolaus-Feier vom 8. Dezember 2009 die Gewinnsumme von 10 000 Franken überreicht. Der Preis soll den Einsatz im Sozialbereich, namentlich zugunsten der Jugend, auszeichnen.

Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen

Ab dem 1. Januar 2010 ist das Rauchen in allen öffentlichen Räumen untersagt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, Raucheräume (sogenannte Fumoirs) einzurichten.

Konferenz für Sozialfragen

Die nächste Konferenz für Sozialfragen findet am 16. April 2010 in Grangeneuve statt. Das Thema lautet: «Partizipation: Eine

Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt». Die Konferenz für Sozialfragen findet alle zwei Jahre statt. Die Konferenzen gehen jeweils von der Analyse eines «sozialen» Problems auf Kantonsebene aus und sollen ein öffentlicher Raum für Meinungsäußerung und Diskussionen sein. Schliesslich sollen sie zu einem Handeln anregen, das die Öffentlichkeit einschliesst.



Les Assises du social
Die Konferenz für Sozialfragen

«Senior+ will das Leben und die Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren aufwerten»

Die Direktion für Gesundheit und Soziales hat sich zahlreiche Gedanken zu einer kantonalen Politik zugunsten älterer Menschen gemacht. In diesem Rahmen wurde am 18. September das Projekt «Senior+» lanciert, mit dem bis 2013 zwei grosse Ziele erreicht werden sollen: Die Verabschiedung eines kantonalen Rahmengesetzes und die Schaffung eines Programms für direktions- und bereichsübergreifende Zusammenarbeit. Der Steuerungsausschuss von «Senior+» setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Staates, der Gemeinden, der Bezirke und der Wirtschaft zusammen, doch es sind alle Personen, die in irgendeiner Form mit älteren Personen zu tun haben, dazu eingeladen, Anstösse für das Projekt zu geben. Es folgt ein Interview mit den beim Sozialvorgesamt tätigen «Senior+»-Projektleitern, Judith Camenzind und Michel Blum.



Wie kam es zu «Senior+»?

Michel Blum: Hinter dem Projekt steckt die neue Verfassung des Kantons Freiburg, die 2004 vom Stimmvolk angenommen wurde. Drei Verfassungsartikel geben dem Staat den Auftrag, den älteren Personen umfassender Rechnung zu tragen, namentlich indem das Verständnis und die Solidarität zwischen den Generationen gefördert werden und alle Menschen Zugang zu den gleichen Pflegeleistungen haben. Artikel 35 wird sogar noch deutlicher: «Ältere Menschen haben Anspruch auf Mitwirkung, Autonomie, Lebensqualität und Achtung ihrer Persönlichkeit». Dank verschiedener Beschlüsse des Grossen Rates und des Staatsrates konnte «Senior+» im September 2009 schliesslich lanciert werden.

Welche Ziele verfolgt das Projekt?

Michel Blum: Ziel des Projektes ist die Ausarbeitung und die anschliessende Genehmigung durch den Staatsrat einer kantonalen Politik zugunsten älterer Menschen. Diese Politik soll sowohl den spezifischen Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren als auch den neuen demografischen Gegebenheiten der Freiburger Gesellschaft Rechnung tragen.

Was bedeutet dies konkret?

Michel Blum: Wir verfolgen zwei Ziele: In erster Linie soll ein kantonales Gesetz entstehen, das dem Grossen Rat unterbreitet wird und die Schwerpunkte der neuen Politik zugunsten älterer Menschen enthält, in zweiter Linie soll ein bereichs- und direktionsübergreifendes Programm ausgearbeitet werden, das sich mit dieser Politik vereinen

lässt. Dabei ist es besonders wichtig, den Beitritt der betroffenen Kreise – Direktionen des Staates, Gemeinden, Dienstleistungserbringer und andere Organisationen – zu erzielen. Einen Konsens in Bezug auf die Übertragung der Zuständigkeiten und die Finanzierung zu finden wird wohl die grösste Herausforderung sein.

Welche Themen wird «Senior+» behandeln?

Judith Camenzind: Unsere Überlegungen werden von fünf wichtigen Dossiers aus der Strategie des Bundesrates für eine schweizerische Alterspolitik gelenkt. Es handelt sich dabei um vielfältige Themen, welche die verschiedenen Dimensionen des Lebens der älteren Personen betreffen, wie z. B. Gesundheit und medizinische Versorgung, Wohnsituation und Mobilität, Arbeit und Übergang in den Ruhestand, wirtschaftliche Situation der Altersrentnerinnen und -rentner sowie Engagement und gesellschaftliche Partizipation. Die Herausforderungen, die in Sachen Demografie auf uns zu kommen, sind generell nicht zu unterschätzen. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wird in den kommenden 20 Jahren stark ansteigen und wir werden uns mit einem fortschreitenden und durch viele Faktoren bedingten Wandel unserer Gesellschaft auseinandersetzen müssen. Wir müssen uns deshalb in die Zukunft hineinversetzen und versuchen, die Bedürfnisse der älteren Menschen vorauszunehmen und ihre Integration in die Gesellschaft neu zu überdenken. «Senior+» ist somit ein entwicklungsfähiges und dynamisches Projekt, das in der Lage sein muss, sich den Veränderungen von Morgen anzupassen.

Können Sie uns die Seniorin oder den Senior von morgen beschreiben?

Judith Camenzind: Die Seniorin oder der Senior von morgen ist eine Person, die gesünder und aktiver ist, die für die Gesellschaft besser erreichbar ist und über ein soziales Netzwerk verfügt, das stärker auf Freundschaften ausgerichtet ist als heute. Die Aufwertung der Kompetenzen und Ressourcen der älteren Personen stellt folglich eine entscheidende Handlungsschiene für die Entwicklung dieser neuen Politik dar.

Wie haben Sie sich für die Umsetzung des Projektes organisiert?

Michel Blum: Als Ort der politischen Debatte genehmigt der Steuerungsausschuss die Zwischenziele des Projektes. Am Ende des Verfahrens wird er das Konzept dem Staatsrat übergeben. Der Programmausschuss ist für das Fortschreiten des Projektes zuständig. Er gibt unter anderem Vorschläge und Empfehlungen an den Steuerungsausschuss ab. Die Programmleitung plant und führt das Verfahren. Die Arbeitsgruppe schliesslich trägt die Verantwortung für den Inhalt und entwickelt das kantonale Konzept. Sie ist auch eine Art Bindeglied zwischen dem Steuerungsausschuss und dem Austauschforum.

Welche Funktion hat dieses Austauschforum?

Judith Camenzind: Bei «Senior+» steht die Mitbestimmung im Vordergrund. Diese soll vor allem eine Bereicherung für seinen Inhalt sein. Bei der Schaffung, Entwicklung und Umsetzung von «Senior+» sollen wirklich alle betroffenen Partner eingebunden werden. Ob Gesundheit, soziale Integration, Infrastruktur, Arbeit, Übertritt in den Ruhestand oder wirtschaftliche Situation der Rentnerinnen und Rentner – die Betroffenen werden in allen Bereichen zusammenarbeiten. Ihr Auftrag ist klar: Bestandsaufnahme in den einzelnen Sektoren, Bedarfsabklärung und Einbringung von konkreten Vorschläge an die Arbeitsgruppe.